

Themenpapier Nr 13

Die Slowakei und die Erweiterung der Europäischen Union

Die in diesem Dokument geäußerten Ansichten entsprechen nicht unbedingt den Standpunkten des Europäischen Parlaments.

INHALT

I. ÜBERBLICK

II. POLITISCHE LAGE

- a) Jüngste Geschichte
- b) Die Institutionen
- c) Aktuelle Entwicklungen

III. WIRTSCHAFTSLAGE

- a) Überblick
- b) Leistungsprognose
- c) Staatshaushalt und Preise
- d) Handel
- e) Wirtschaftliche Haupttendenzen und Zusammenfassung der Prognosen
- f) Aussenwirtschaftsbeziehungen

IV. BEZIEHUNGEN ZUR EU UND ERWEITERUNG

- a) Kommission
- b) Europäisches Parlament
- c) Ministerrat and Europäischer Rat
- d) Haltung de slowakischen Regierung

ANLAGE

I. ÜBERBLICK

Die vergangenen sechs Monate waren für die Slowakei durch den Erfolg auf internationalem Gebiet geprägt: Die EU-Beitrittsverhandlungen begannen vielversprechend, und die Slowakei soll noch in diesem Jahr in die OECD aufgenommen werden.

Die schwere Erkrankung von Präsident Schuster und das für November angekündigte Referendum zu vorgezogenen Parlamentswahlen belasteten die innenpolitische Entwicklung. Hinzu kam die weitere Zersplitterung der Regierungskoalition infolge der Gründung bzw. Ankündigung weiterer neuer Parteien.

II. POLITISCHE LAGE

a) Jüngste Geschichte

Der derzeitige slowakische Staat entstand am 1. Januar 1993 nach dem Auseinanderbrechen der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik. Die Slowakei war lange Zeit Teil des Ungarischen Reiches, nach dem Ersten Weltkrieg wurde sie ein Teil des neuen Staates „Tschechoslowakei“. Infolge des Münchner Abkommens von 1938 wurde die Tschechoslowakei geteilt. Auf Anordnung der Nazis entstand ein eigener slowakischer Staat unter der Führung des katholischen Monsignore Jozef Tiso. Nach dem Krieg wurde der tschechoslowakische Staat 1945 wieder hergestellt, die östliche Provinz, das transkarpatische Ruthenien, wurde jedoch an die Sowjetunion abgetreten.

Nach dem Krieg konnte die Kommunistische Partei allmählich die Macht übernehmen, im Februar 1948 wurde ein kommunistisches Regime eingesetzt. Die Kommunisten waren in der Slowakei viel weniger beliebt als in den tschechischen Gebieten, was dazu führte, dass die slowakischen Kommunisten, die sich nach dem Aufstand von 1944 gegen das Tiso-Regime für eine unabhängige „sozialistische“ Slowakei eingesetzt hatten, den tschechoslowakischen Einheitsstaat unterstützen mussten. Im Gegenzug profitierte die Slowakei von Politiken, die darauf abzielten, die zwei Nationen durch wirtschaftliche Konvergenz aneinander zu binden. Die Slowakei erhielt großzügige staatliche Subventionen, die Schwerindustrie und die meisten Rüstungsfabriken wurden auf slowakischem Gebiet angesiedelt.

Die Unzufriedenheit über den Einheitsstaat blieb jedoch weiterhin bestehen. Nach dem Fall des kommunistischen Regimes mit der „Samtrevolution“ von 1989 traten die Spannungen zwischen den tschechischen und slowakischen Politikern zutage. Ende 1990 einigte man sich auf eine weitreichende Übertragung von Machtbefugnissen. Im Frühjahr 1991 zeigte sich jedoch, dass die politische Zersplitterung den Übergang zu einer einheitlichen Marktwirtschaft nach westlichem Vorbild gefährdete. Der populärste slowakische Politiker, Vladimir Meciar, gründete die Bewegung für eine demokratische Slowakei (HZDS), die auf eine noch größere slowakische Autonomie auf der Grundlage einer Souveränitätserklärung drängte, nach der ein loser Staatenverbund ausgehandelt werden könnte.

Dieser Ruf nach Souveränität, insbesondere das Eintreten für eine eigene Wirtschaftsstrategie für die Slowakei fand Anklang in der Bevölkerung, in der die Unzufriedenheit über die kompromisslose Laissez-faire-Politik auf Bundesebene wuchs. Mitte 1991 lag die Arbeitslosenrate in der Slowakei dreimal so hoch wie in den tschechischen Gebieten. Die HZDS war mit ihren Appellen an die nationalistischen Gefühle, an die Angst der Industriearbeiter und Unternehmensleiter vor raschen Veränderungen und ihrem Ruf nach sozialer ausgerichteten

Reformen höchst erfolgreich. Nach den Wahlen 1992 stellte die HZDS (mit Ausnahme eines Ministers) die gesamte neue slowakische Regierung. Da viele der kleinen Parteien den Einzug ins Parlament aufgrund der 5 %-Hürde nicht schafften, gewann die HZDS mit nur 37,2 % der Stimmen 74 von 150 Sitzen.

Meciar vermied zwar separatistische Rhetorik, bestand aber auf einer slowakischen Souveränitätserklärung. Obwohl aus Meinungsumfragen hervorging, dass die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung in der Slowakei die Beibehaltung des Einheitsstaates mit den Tschechen befürwortete, wurde es immer schwieriger, dies mit dem Drängen Meciar auf eine Unabhängigkeitserklärung der Slowakei in Einklang zu bringen. Daher drängte der tschechische Ministerpräsident, Vaclav Klaus, auf die Festlegung eines Zeitplans für die Trennung. Das Vorhaben, ein Referendum abzuhalten, wurde aufgegeben, als sich herausstellte, dass sich eine klare Mehrheit für die Beibehaltung eines gemeinsamen Staates aussprechen würde. Am 1. Januar 1993 trat die Trennung in Kraft.

Nach der Unabhängigkeit begann Herr Meciar, seine engsten Vertrauten in Machtpositionen einzusetzen. Die Pressefreiheit wurde beschnitten, das Tempo der Wirtschaftsreformen verlangsamte sich und die Beziehungen zu den Nachbarstaaten der Slowakei und zum Westen kühlten ab. Die zunehmend autoritären Tendenzen der Regierung veranlassten einige HZDS-Abgeordnete, aus der Partei auszutreten. Dadurch wurde Meciar's Stellung untergraben, er musste sich die Unterstützung der extrem rechten slowakischen Nationalpartei sichern, die selbst gespalten war. Die Koalition zerbrach nach nur wenigen unbehaglichen Monaten, die Regierung verlor ein Misstrauensvotum, stürzte und erlitt bei den darauffolgenden Wahlen eine Niederlage.

Eine neue Regierung wurde unter der Führung von Jozef Moravcik als breite Koalition von fünf Parteien gebildet. Moravcik war zunächst Außenminister unter Meciar gewesen und Anfang 1994 zur Opposition übergewechselt. Dem Kabinett gehörten mit stillschweigender Unterstützung einer Koalition von drei Parteien der ungarischen Volksgruppe die Mitte-Rechts angesiedelte Christlich-Demokratische Bewegung (KDH), die Mitte-Links-Partei der Demokratischen Linken (SDL, die ehemalige Kommunistische Partei) und drei weitere Parteien an, die von Meciar's früheren Verbündeten gegründet worden waren. Nach einem vielversprechenden Beginn schrieb die Regierung im September 1994 in der Hoffnung, ein starkes Mandat übertragen zu bekommen, vorgezogene Neuwahlen aus.

Die Regierungsparteien unterschieden sich aber sowohl hinsichtlich ihrer Ideologie als auch ihrer Organisation immer noch zu stark voneinander, so dass ein schlagkräftiger Wahlkampf unmöglich war. Außerdem fehlte ihnen zur klaren Darstellung ihres Programms eine populäre Führungspersonlichkeit. Meciar stellte auf der anderen Seite die Regierung als „anti-slowakisch“ hin, sein populistisches Programm fand weiterhin bei Arbeitern, älteren Menschen und der Landbevölkerung großen Anklang. In der Folge erreichte die HZDS 35 % aller Stimmen, dreimal so viel wie jede andere Partei. Sie bildete gemeinsam mit der slowakischen Nationalpartei und der extrem linken Vereinigung der Arbeiter der Slowakei eine Regierung. Ministerpräsident Meciar hielt an einem Beitritt der Slowakei zur EU und NATO als vorrangige Ziele fest und lehnte jegliche Diskriminierung aufgrund der Rasse oder der Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe ab. Aus verschiedenen Gründen genoss die Regierung im Ausland aber weiterhin keinen guten Ruf. Dazu zählten die nur zögerliche Unterstützung der westlichen Integration innerhalb der HZDS, die Manipulation des Privatisierungsprogramms, um den Anhängern der Regierung Vorteile zu verschaffen, und die Einführung eines Sprachgesetzes, durch das Slowakisch als einzige offizielle Amtssprache und einzige Sprache im öffentlichen Leben festgesetzt wurde. Außerdem gaben der Einsatz des slowakischen Geheimdienstes gegen

die politischen Gegner Meciar und die ständigen öffentlichen Auseinandersetzungen zwischen Ministerpräsident Meciar und Präsident Michal Kováč Anlass zur Sorge. Der Regierungsstil wurde immer populistischer, nationalistischer und autoritärer. Kommentatoren sahen in einigen Aktionen der Regierung sogar Anzeichen dafür, dass Meciar sein erklärtes Ziel der westlichen Integration zugunsten der Stärkung seiner Machtposition durch undemokratische Mittel aufgegeben hat. Im Juni 1997 wies Meciar beispielsweise in Missachtung einer Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs den Innenminister an, die von der Opposition unterstützte Frage über die direkte Wahl des Präsidenten vom Stimmzettel eines Referendums, auf dem Fragen über den NATO-Beitritt enthalten waren, zu streichen. Dadurch wurde das gesamte Referendum ungültig.

Das politische Klima wurde gegen Ende der Wahlperiode immer aufgeladener. Das Wahlrecht wurde geändert, und es kam zu Auseinandersetzungen über die Berichterstattung der Medien im Wahlkampf. In den Wahlen von 1998 schließlich unterlag jedoch die Koalition von Meciar, und Mikuláš Dzurinda wurde neuer Ministerpräsident.

b) Die Institutionen

Der Slowakische Nationalrat rief im Juli 1992 die Souveränität der Slowakei aus. Die slowakische Verfassung wurde am 3. September 1992 verabschiedet. Am 25. November 1992 nahm die Tschechoslowakische Bundesversammlung ein Gesetz zur Auflösung der Föderation mit der nötigen Drei-Fünftel-Mehrheit an. Der neue Staat „Slowakei“ entstand offiziell am 1. Januar 1993. In der Verfassung sind das Mehrparteiensystem, die freie Marktwirtschaft und die Wahrung der Menschenrechte verankert. Die gesetzgebende Gewalt liegt beim Einkammer-Parlament, das nach der Unabhängigkeit in „Nationalrat der slowakischen Republik“ unbenannt wurde. Dem Parlament gehören 150 Abgeordnete an, ihre Wahlperiode beträgt vier Jahre. Der Ministerpräsident wird vom Präsidenten ernannt.

Die Slowakei ist ein zentralistischer Nationalstaat. Im Juli 1996 wurde eine neue Verwaltungsstruktur eingeführt, nach der das Land in acht Regionen und 79 Verwaltungsbezirke eingeteilt wird. Die Einführung der neuen Struktur wurde von der Opposition kritisiert, da für die Verwaltung 20 000 Staatsbedienstete zusätzlich notwendig sind, was - so wurde befürchtet - zu einer weiteren Ausdehnung des Einflusses von Ministerpräsident Meciar führen könnte.

Die jüngsten slowakischen Nationalratswahlen fanden am 25./26. September 1998 statt. Die Wahlbeteiligung lag mit 84 % sehr hoch (eine der höchsten Wahlbeteiligungen in Mittel- und Osteuropa seit 1989). Die Wahlen brachten eine Niederlage des scheidenden Ministerpräsidenten Vladimir Meciar. Seine HZDS-Partei erreichte zwar die Mehrheit der Sitze, verlor aber 8 % im Vergleich zu den vorhergehenden Wahlen. Die früheren Koalitionsparteien schnitten schlecht ab. Daher wurde schließlich Mikuláš Dzurinda, Vorsitzender der Slowakischen Demokratischen Koalition (SDK), zur Regierungsbildung aufgefordert. Nach nicht ganz einfachen Verhandlungen einigte man sich auf eine Vierparteienkoalition, der die SDK, die Partei der Demokratischen Linken (SDL), die Partei der Bürgerlichen Verständigung (SOP) und die Ungarische Koalition (SMK) angehören. Diese Parteien nehmen insgesamt 93 der 150 Sitze im Parlament ein, und verfügen damit über etwas mehr als die für einige Schlüsselmaßnahmen, wie die Wahl des Präsidenten, erforderliche Drei-Fünftel-Mehrheit. Ein interessantes Merkmal des Wahlergebnisses ist das Abschneiden der SOP. Parteivorsitzender ist Rolf Schuster, Bürgermeister von Košice, der zweitgrößten Stadt der Slowakei. 19 % aller Stimmen für diese Partei stammten aus jener Stadt und mehr als 50 % aus dem Osten des Landes. Die SOP unterstützte Schusters erfolgreiche Bewerbung um das Amt des Präsidenten im Mai 1999.

Die Wahlen brachten folgende Ergebnisse:

PARTEI	SITZE 1994	% DER STIMMEN 1998	SITZE 1998
Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS)	61	27,00	43
Slowakische Nationalpartei (SNS)	9	9,07	14
Ungarische Koalition (SMK) ^a	17	9,12	15
Partei der Demokratischen Linken (SDL) ^a	-	14,66	23
Slowakische Demokratische Koalition (SDK) ^a	-	26,33	42
Partei der Bürgerlichen Verständigung (SOP) ^a	-	8,01	13
Gemeinsame Wahl	18	-	-
Christlich-demokratische Bewegung (KDH)	17	-	-
Demokratische Union (DU)	15	-	-
Vereinigung der Arbeiter der Slowakei (ZRS)	13	1,30	0
Sonstige	0	4,51	-
INSGESAMT	150	100,0	150

^a Partei in der neuen Koalitionsregierung

c) Aktuelle Entwicklungen

i) Zersplitterung der Parteienlandschaft

Die Regierungskoalition blieb an der Macht, obwohl das von der Opposition gestellte Misstrauensvotum, die Forderung nach einem Referendum zu vorgezogenen Wahlen und der Ruf nach einer Kabinettsumbildung von einer Atmosphäre der Instabilität zeugten. Diese Forderungen waren auf die Polarisierung zwischen Regierung und Opposition sowie auf die zerbrechlichen Beziehungen zwischen der breiten Koalition der herrschenden Parteien zurückzuführen.

Die politische Szene war auch weiterhin von der Neuorientierung der Parteienlandschaft bestimmt, nachdem 1999 zwei neue Parteien entstanden waren. Ministerpräsident Dzurinda fuhr mit der Formierung seiner neuen Partei - der Slowakischen Demokratischen Christlichen Union (SDKU) - fort, die er nach dem fehlgeschlagenen Versuch, die im wesentlichen Mitte-rechts gerichtete SDK von einem lockeren taktischen Fünf-Parteien-Bündnis in eine effektive, vereinte politische Kraft umzuwandeln, im Februar bekannt gegeben hatte. (Bereits 1996/1997 hatte sich

Dzurinda erfolglos bemüht, aus der christdemokratischen KDH eine „Volkspartei“ mit breiter Basis zu machen). Das Parlament verabschiedete ein neues von der Opposition und den Koalitionsparteien SDL und SOP eingebrachtes Gesetz, das den Abgeordneten die Mitgliedschaft in mehr als einer Partei untersagt. Dieser Schritt richtet sich wohl in erster Linie gegen die neue Partei Dzurindas und wird das Ende der Parlamentsfraktion der SDK beschleunigen.

Die herrschenden Koalitionsparteien schnitten in den Meinungsumfragen schlecht ab, da das Sparprogramm der Regierung von 1999 zu greifen begann; allerdings lag Dzurindas neue SDKU mit 10 bis 13 % weit über den Zahlen für die anderen SDK-Gründungsparteien. Eine dieser Gründungsparteien, die Demokratische Union (DU), stimmte auf ihrer Ratssitzung im Mai für einen Zusammenschluss mit der SDKU, und dieser Beschluss wurde auf einem Parteitag im August ratifiziert. Einige Delegierte boykottierten jedoch die Konferenz, und liberale Gegner des Zusammenschlusses werden wohl im September die offizielle Registrierung einer neuen Partei, der Liberalen und Demokratischen Union der Slowakei, vollziehen.

Im linken Lager der Koalition traten Spannungen in der Partei der Demokratischen Linken (SDL) hinsichtlich des Tempos und des Umfangs der Wirtschaftsreformen auf, während zugleich Anzeichen für eine abnehmende Unterstützung durch die Bevölkerung zu beobachten waren und Vorwürfe wegen des fehlenden Einflusses in der Regierung laut wurden, was zum Ruf nach einer neuen Koalitionsvereinbarung führte. Als Stefan Kosovan, ein von der SDL nommierter Kandidat für den Posten des Direktors des größten staatseigenen Energieversorgungsbetriebs, Slovenske Elektrarne, im März nach schwerwiegenden Verletzungen der Ausschreibungsregeln und anderen Unregelmäßigkeiten entlassen wurde, offenbarte sich ein möglicherweise ernster Riss zwischen Anhängern des SDL-Vorsitzenden und Parlamentssprechers Josef Migas und dem Reformflügel der Partei, zu dessen Vertretern die Minister für Verteidigung, Finanzen und Bildung gehören. Im April unterstützten Migas und vier weitere SDL-Abgeordnete einen erfolglosen Misstrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten, und obwohl Migas auf einem Sonderparteitag im Juli den Griff von Bildungsminister Ftacnik nach der Führung vereitelte, schließen Beobachter eine weitere Konfrontation auf der Oktober-Konferenz nicht aus. Die SDL leidet außerdem noch immer darunter, dass ihr ehemaliger stellvertretender Vorsitzender Robert Fico im vergangenen Jahr die Mitte-Links-Bewegung Smer ins Leben rief, zumal Fico bei Meinungsumfragen eine starke Anhängerschaft hatte und dabei nur von der oppositionellen HZDS Vladimir Meciar übertroffen wurde.

Von den Juniorpartnern der Koalition hat sich die SOP, die Anfang 1998 für die organisatorische Unterstützung von Rudolph Schusters Präsidentschaftswahlkampagne ins Leben gerufen wurde, seit ihrer Gründung kaum weiterentwickelt. Ihr Vorsitzender, der stellvertretende Ministerpräsident für Europäische Integration Pavol Hamzik, sah sich aufgrund des schlechten Abschneidens der Partei bei Meinungsumfragen und des Schadens, den die Korruptionsvorwürfe gegen ein ehemaliges SOP-Mitglied angerichtet hatten, in seiner Führungsposition angegriffen. Die Unzufriedenheit in der Ungarischen Koalitionspartei erreichte im August ihren Höhepunkt, als der Vorsitzende Béla Bugár angesichts des Unvermögens der Regierung, die regionale Regierung umzubilden, mit dem Ausstieg aus der regierenden Koalition drohte. Die ungarischen Forderungen nach einer separaten Verwaltungseinheit in einem Gebiet mit einer großen ungarischen Volksgruppe wurden von den anderen Koalitionspartnern zurückgewiesen.

Die Opposition wird nach wie vor von der HZDS beherrscht, die wiederum von der extrem rechtsgerichteten Slowakischen Nationalpartei (SNS) unterstützt wird. Neben seinem Ruf nach einem Referendum hat der Führer der HZDS, Vladimir Meciar, in jüngster Zeit versucht, das Ansehen der Partei aufzubessern und sie aus ihrer Isolation herauszuführen, insbesondere durch

ihre Umbenennung in „Bewegung für eine demokratische Slowakei-Volkspartei“ und durch die eindeutige Unterstützung der Mitgliedschaft in EU und NATO. Dieses Vorgehen wurde von den anderen Parteien verurteilt, obwohl die HZDS bei Meinungsumfragen vor allem aufgrund der charismatischen Ausstrahlung von Herrn Meciar ständig ganz oben steht. Allerdings scheint eine breitere politische Aussöhnung mit der HZDS unwahrscheinlich, solange Herr Meciar an ihrer Spitze steht. In dem Bestreben, ihn wegen schwerwiegenden Machtmissbrauchs unter Anklage zu stellen, führt die Regierungen Untersuchungen durch.

ii) Referendum über vorgezogene Wahlen

Die oppositionelle Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS) drängt mit Unterstützung der Slowakischen Nationalpartei (SNS) auf ein Referendum und hat bereits mehr als die erforderlichen 350 000 gültigen Unterschriften zusammen. Jedoch haben weder die Opposition noch die regierenden Parteien ein echtes Interesse an vorzeitigen Wahlen, und diese Initiative wird eher als ein Druckmittel gegen den angeschlagenen Ministerpräsidenten Dzurinda angesehen. Bei Erfolg würden Neuwahlen innerhalb von 150 Tagen nach dem Referendum stattfinden, obwohl eine Beteiligung von 50 % für die Gültigkeit des Referendums notwendig ist; ferner muss das Ergebnis mit einer Dreifünftelmehrheit vom Parlament angenommen werden, um in Kraft treten zu können. Nach Überprüfung des Antrags und Beratung mit sieben Verfassungsrechtlern gab Präsident Schuster schließlich am 5. September bekannt, dass der Volksentscheid am 11. November stattfinden wird. Vor kurzem hatte Präsident Schuster verkündet, er sei sicher, dass keine 50 %ige Beteiligung erreicht werde. Er wies warnend darauf hin, dass eine Rückkehr zur Machtausübung durch Vladimir Meciar die Slowakei in die Isolation führen werde. Er habe keine andere Wahl, als das Referendum zu verkünden, da er ansonsten eine Amtsenthebung riskieren würde, falls das Verfassungsgericht beschlösse, dass das Referendum nicht verfassungswidrig sei.

Ende des vergangenen Jahres hatte der Präsident die Ansetzung eines Referendums über das Verbot von Minderheitensprachen in amtlichen Texten und das Verbot der Privatisierung strategisch wichtiger Unternehmen abgelehnt, das in einer von der HZDS organisierten Petition gefordert worden war.

(Quelle: Radio Slovakia International, 5. September 2000)

iii) Krankheit von Präsident Schuster

Das politische Leben in der Slowakei wurde im Sommer von der lebensbedrohlichen Erkrankung des Präsidenten Rudolph Schuster überschattet, der Mitte Juni wegen einer Darmoperation ins Krankenhaus eingeliefert und anschließend in Österreich weiterbehandelt wurde, bevor er am 15. August in die Slowakei zurückkehrte. Auf die von der Öffentlichkeit und den Medien geäußerte Kritik an der medizinischen Behandlung in der Slowakei hin trat Gesundheitsminister Tibor Sagat zurück; seinen Platz nahm sein Parteikollege Roman Kovac ein. Gegenwärtig wird untersucht, ob die ärztlichen Behandlungsfehler eine grobe Fahrlässigkeit darstellen.

Zwar hat der Präsident nur relativ geringe Vollmachten, doch die Gefahr, dass er womöglich sein Amt nicht wieder aufnehmen könnte und sich eine Präsidentschaftswahl erforderlich machen würde, löste Beunruhigung aus. Präsident Schusters Amtszeit wird als ein wichtiger Faktor für die Aufhebung der internationalen Isolation angesehen, unter der die Slowakei während der Meciar-Administration zu leiden hatte.

iv) Festnahme des ehemaligen Ministerpräsidenten Meciar

Am 20 April stürmte die Polizei die Villa von Vladimir Meciar in der Westslowakei und führte ihn ab. Die Anklage lautete auf Betrug und Machtmissbrauch im Zusammenhang mit illegalen Zuwendungen an Kabinettsmitglieder. Noch am selben Tag kam er wieder auf freien Fuß. Anhänger von Herrn Meciar organisierten Massenproteste gegen seine Festnahme. Im

wesentlichen als Antwort auf Meciar's kurze Festnahme durch die Polizei boykottierte seine Partei, die HZDS, im Mai 2000 einige Wochen lang die Parlamentsarbeit.

v) Minderheit der Roma

Die Besorgnis innerhalb der EU über die Behandlung der großen Roma-Bevölkerung (offiziell 1,6 %, jedoch schätzungsweise zwischen 4,8 und 10 % der Bevölkerung) in der Slowakei wächst. Eine bedeutende Anzahl slowakischer Roma hat in letzter Zeit in EU-Mitgliedstaaten um Asyl gebeten. Die EU-Beamten äußerten sich besorgt über die ärmlichen Lebensverhältnisse und die hohen Arbeitslosenzahlen in der Roma-Bevölkerung, erkannten aber auch, dass das Problem tiefere Ursachen hat und sehen die Bemühungen der Regierung zu seiner Lösung als glaubhaft an. Zum Beispiel unternahm die Regierung kürzlich einen Schritt zur Beseitigung der offiziellen Diskriminierung, indem sie das Nationale Arbeitsamt (NUP) anwies, die Registrierung der ethnischen Zugehörigkeit arbeitsloser Roma künftig zu unterlassen. Das Justizministerium kündigte an, dass es Änderungen am Strafgesetzbuch vorschlagen werde, um eindeutiger zu definieren, was rassistisch motivierte Angriffe sind, und um härtere Urteile vorzusehen. Nachdem im August eine Roma-Frau ermordet worden war, die acht Kinder hinterließ, rückte dieses Thema noch stärker ins Rampenlicht.

Die Regierung hält daran fest, dass ein Großteil der Abwanderung der letzten Zeit wirtschaftliche Gründe hatte, und in offensichtlicher Zustimmung haben Norwegen und Finnland nahezu alle asylsuchenden slowakischen Roma abgeschoben. Belgien führte am 1. September 2000 als Reaktion auf eine erneute Welle von asylsuchenden Roma die Visapflicht für slowakische Bürger wieder ein.

vi) Kernenergie

Die Slowakei besitzt zwei funktionierende Kernkraftwerke, Bohunice und Mochovce. Angesichts von Sicherheitsbedenken hatte das Land ursprünglich geplant, das von der UdSSR konstruierte Kernkraftwerk Jaslovské Bohunice im Jahr 2000 zu schließen, doch dann sollte dieser Schritt auf 2010 verschoben werden. Nun hat sich die Slowakei bereit erklärt, die beiden Blöcke der Anlage 2006 bzw. 2008 stillzulegen. Die Kommission hat dies als vernünftigen Kompromiss akzeptiert und drängte auch die österreichischen Verantwortlichen zur Zustimmung, denn Österreich hatte angedroht, gegen den EU-Beitritt der Slowakei Veto einzulegen, falls keine zufriedenstellende Lösung für dieses Problem gefunden würde.

Jedoch hat die Regierung die Entscheidung darüber, ob der Bau des dritten und vierten Blocks des Kernkraftwerks Mochovce gestoppt wird, verschoben. Wirtschaftsminister Lubomír Harach gab im Februar zu verstehen, es gebe einen Überschuss an Elektrizität und daher bestünde nicht die Notwendigkeit, die zusätzlichen Blöcke fertig zu stellen, obwohl von einigen Energieexperten behauptet wird, diese würden benötigt, um das durch die Schließung der alten Anlage in Bohunice entstandene Defizit auszugleichen. Umweltschützer und Wirtschaftsexperten sind der Meinung, dass sich das Land eine Fertigstellung des Baus nicht leisten kann. Die Kosten für die Fertigstellung des Projekts werden auf 51 Mrd. Kronen (1,23 Mrd. US-Dollar) geschätzt, während mit Erträgen aus den Anfangsinvestitionen frühestens in 17 Jahren gerechnet werden kann.

vii) Korruption und Machtmissbrauch

Ivan Lexa, ehemaliger Leiter des slowakischen Geheimdienstes, hat im Zusammenhang mit den gegen ihn geführten Ermittlungen wegen angeblichen Machtmissbrauchs und der Mitwirkung an der Entführung des Sohnes des ehemaligen Ministerpräsidenten Michal Kováč (1995) eine Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingelegt. Lexa war vom ehemaligen Ministerpräsidenten Vladimír Mečiar eine Amnestie versprochen worden, die jedoch

von dessen Nachfolger Mikuláš Dzurinda wieder zurückgenommen wurde. Ein Richterghremium am slowakischen Verfassungsgericht, das den Fall von Lexas ehemaligem Stellvertreter untersucht, ist zu dem Schluss gekommen, dass die Rücknahme der Amnestie verfassungswidrig ist. Vorher hatte jedoch ein Richterghremium, das die Ermittlungen gegen Lexa selbst führte, jenen Schritt für legal erklärt. Die slowakischen Behörden fahren mit der Untersuchung des Falls Lexa fort. In seinem Gesuch vertritt Lexa die Meinung, seine Grundrechte würden verletzt und ebenso der Grundsatz der Annahme der Unschuld, bis die Schuld bewiesen ist. Am 24. August entschied das slowakische Parlament, dass Lexa inhaftiert werden könne. Er soll ins Ausland geflohen sein, und es wurde ein Haftbefehl ausgestellt.

In dem anderen wichtigen Fall, in dem von Herrn Meciar eine Amnestie gewährt worden war (es handelt sich um den ehemaligen Innenminister Gustáv Krajci, der beschuldigt wurde, die ordnungsgemäße Durchführung des Referendums zum NATO-Beitritt im Jahre 1997 verhindert zu haben), entschied ein Bezirksgericht in Bratislava am 1. Juli, dass die Amnestie respektiert werden müsse, und setzte das Verfahren zunächst effektiv aus.

Seit Anfang des Jahres gab es eine Reihe von Korruptionsanschuldigungen gegenüber Ministern der gegenwärtigen Regierung und Personen, die die Partei in staatlichen Unternehmen eingesetzt hatte. In einer allgemeiner gehaltenen Mitteilung legte die Regierung am 20. Juni die Erkenntnisse einer Studie von Weltbank/USAID vor, in der behauptet wird, Korruption sei in der Slowakei weit verbreitet und die Lage habe sich seit den Wahlen von 1998 nur unwesentlich verbessert. Als die korruptesten Bereiche wurden das Gesundheitswesen, das Justizsystem, die Zollämter, die Privatisierungsbehörde des Staatseigentumsfonds sowie die Genehmigungsbehörden genannt. Das Programm der neugewählten Regierung enthielt das Versprechen, die für die Meciar-Administration charakteristische Korruption und Vetternwirtschaft zu bekämpfen. Als sich aber daraufhin die Koalitionsparteien gegenseitig ihre angeblichen Verfehlungen vorhielten, zeigte sich um so deutlicher, dass in Wirklichkeit nichts unternommen wurde. Die regierende Koalition behielt sogar die Praxis ihrer Vorgängerin bei, indem sie Parteigänger für die Leitung von Staatsbetrieben einsetzte. Als der Regierung schließlich das Problem bewusst wurde, richtete sie im Januar ein unabhängiges Büro für Öffentliche Ausschreibungen auf der Grundlage von EU-Leitlinien ein und legte im Februar ein Nationales Programm für die Bekämpfung von Korruption auf. Obgleich am 18. Mai ein Gesetz zur Informationsfreiheit verabschiedet wurde, gibt es das vom Ministerpräsidenten im Februar angekündigte Paket von konkreten Maßnahmen noch nicht, und die Ministerien haben jetzt bis zum 13. September Zeit, Maßnahmepläne zu erarbeiten. Viele Analysten sind der Meinung, dass eine Abänderung des Gesetzes zur Parteienfinanzierung die beste Lösung wäre, da den Parteien oftmals Gelder von staatlichen Unternehmen zufließen, doch scheinen die Abgeordneten kaum Interesse an solchen Änderungen zu haben, da sie eine negative Reaktion der Öffentlichkeit auf jeden Schritt zur Erhöhung der staatlichen Finanzierung fürchten.

viii) Jozef Tiso-Gedenktafel

Der Stadtrat von Zilina hat beschlossen, eine Tafel zum Gedenken an Jozef Tiso, das slowakische Staatsoberhaupt der Kriegszeit, zu enthüllen. Die Enthüllung sollte am 14. März stattfinden, dem Gründungsjubiläum des von Tiso geführten Marionettenstaats der Nazis. Da der Vorschlag in Regierungskreisen sowie bei Roma-Gruppen auf heftige Kritik stieß, wurde er fallen gelassen, obgleich er vom Bürgermeister der Stadt, einem ehemaligen Oberhaupt der nationalistischen SNS, befürwortet worden war.

III. WIRTSCHAFTSLAGE

a) Überblick

Wenngleich die slowakische Wirtschaft Mitte der neunziger Jahre ein hohes Wachstum aufwies, war sie doch durch ein großes makroökonomisches Ungleichgewicht und das Fehlen wesentlicher Strukturreformen gekennzeichnet, so dass sie anfällig für Krisen wurde. Während das schnelle Wachstum von Investitionen dazu beitrug, ein hohes Wachstum des realen BIP zu befördern, wurde ein Großteil dieser Investitionen entweder über Regierungsbürgschaften aus dem Ausland oder durch die nicht reformierten staatseigenen Banken finanziert. Das führte zu einem außerordentlich schnellen Anwachsen der Gesamtauslandsverschuldung und zu einer Verschlechterung der Situation hinsichtlich der notleidenden Kredite im Inland. Der allgemeine Fehlbetrag im Staatshaushalt belief sich 1998 auf ca. 5 % des BIP, und das Leistungsbilanzdefizit lag in den drei Jahren bis 1998 bei 10 % des BIP oder darüber.

Wichtig war eine eindeutige politische Reaktion, um das makroökonomische Ungleichgewicht zu verringern und die Strukturreform wiederzubeleben. In dieser Hinsicht wurde der allgemeine Fehlbetrag im Staatshaushalt verringert, das Leistungsbilanzdefizit abgebaut; wenngleich sie noch nicht abgeschlossen sind, wurden wichtige Schritte zur Umstrukturierung und Privatisierung der staatseigenen Banken und Unternehmen unternommen, wozu auch die Stärkung des Konkursrahmens gehört. Die von der EU getroffene Entscheidung, die Slowakische Republik zur Aufnahme von Verhandlungen über den EU-Beitritt einzuladen, hat zum Marktvertrauen beigetragen¹.

b) Leistungsprognose

Das Wachstum der slowakischen Wirtschaft hielt 1999 an, wenngleich es lediglich magere 1,9 % betrug. Es lag unter dem Wachstum des realen BIP in Höhe von 4,4 % im Jahre 1998 und von 6,5 % im Jahr davor. Die 1999 eingeführten Sparsamkeitsmaßnahmen führten zu einem Rückgang der Inlandsnachfrage. Eine günstige Auslandsnachfrage half der slowakischen Wirtschaft insgesamt jedoch, 1999 einen Abschwung zu vermeiden. Die Kommission² geht davon aus, dass sich das Wachstum des BIP 2000 leicht (2,2 %) und 2001 deutlicher (3,3 %) erholen wird. Für 2000 wird mit einem mäßigen Wachstum gerechnet, da die Inlandsnachfrage verhalten bleibt, wenngleich es weniger als 1999 beträgt.

Zwar könnte der Export weiterhin stark anwachsen, doch dürfte der Beitrag der Nettoausfuhren zum Wachstum zurückgehen, da die Einfuhren infolge der weniger negativen Entwicklungen in der Inlandsnachfrage wieder schneller zunehmen werden.

In den Jahren 2000/2001 wird eine umfassende Umstrukturierung der einheimischen Industrie erfolgen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft wird sich erheblich verbessern, nachdem maßgebliche Staatsbanken verkauft und die meisten Versorgungsbetriebe teilprivatisiert wurden.

c) Staatshaushalt und Preise

Die entschiedene Straffung der Finanzpolitik – mit Hilfe des Regierungspakets vom Mai 1999 – war ein Schlüsselement für den Abbau der makroökonomischen Ungleichgewichte. Das allgemeine Haushaltsdefizit (ohne die Einnahmen aus der Privatisierung) konnte 1999 auf 3,6 % des BIP verringert werden. Zu den Hauptbestandteilen des Austeritätspakets gehörten eine

¹ IWF, „IMF concludes Article IV Consultation with Slovak Republic, 28. Juli 2000.

² Europäische Kommission, GD Wirtschaft und Finanzen, „Country Notes: Slovak Republic“, Mai 2000.

Erhöhung des unteren Mehrwertsteuersatzes, höhere Verbrauchsteuern, eine Importabgabe, Maßnahmen zur Rationalisierung der Sozialhilfeprogramme sowie deutliche Steigerungen von wichtigen administrierten Preisen. Obwohl die Steuereinnahmen relativ gering und die sozialen Transfers höher als die im Haushaltsplan veranschlagten waren, konnten die Behörden ihre Zielstellung für den Staatshaushalt einhalten, indem Einsparungen auf anderen Gebieten vorgenommen wurden. Die Zielsetzung von 3 % des BIP für das Haushaltsdefizit konnte im wesentlichen deshalb nicht eingehalten werden, weil die außeretatmäßigen Kosten überschritten wurden.

Auch für den Haushalt 2000 wird wiederum ein generelles Defizit von 3 % des BIP angestrebt. Die Pläne sehen eine Reihe von Steuersenkungen vor, um die unternehmerische Aktivität zu fördern. Die Regierung rechnet mit erheblichen Einnahmen aus der Privatisierung – einschließlich von Banken und der slowakischen Telekom. Diese Einnahmen werden für die Begleichung von offenen Forderungen (z. B. Slowakische Eisenbahnen), erwartete Zahlungen für bestehende Staatsbürgschaften sowie für eine Reihe öffentlicher Investitionsprojekte verwendet.

Aufgrund der Hinterlassenschaft der vorherigen Regierung bleibt der Umfang der ausländischen Direktinvestitionen (FDI) weiterhin verhältnismäßig gering³. Das hatte nicht nur auf die wirtschaftliche Entwicklung (Arbeitslosigkeit über 17 %) des Landes negative Auswirkungen, sondern auch auf seine politische Stellung. Mehrere Jahre ohne ausländisches Kapital, Know-how und Unternehmerkultur führten zu einer starken Konsens in der regierenden Koalition hinsichtlich der Notwendigkeit, die Hindernisse für FDI-Ströme aus dem Weg zu räumen und neue Anreize für FDI (institutionelle Unterstützung, finanzielle Hilfe, besondere Wirtschaftszonen) zu bieten. Die Regierung beschloss, Monopole zu privatisieren und ihr internationales Ansehen zu verbessern. Es wird davon ausgegangen, dass in naher Zukunft die FDI-Ströme durch das Tempo der Privatisierung und Reformen in der Unternehmensgesetzgebung, die den EU-Normen angeglichen werden soll, bestimmt werden.

Um die Umstrukturierung von Unternehmen zu fördern, wird gegenwärtig ein überarbeitetes Konkursgesetz im Parlament erörtert. Indem die Verfahren beschleunigt, die Rolle der Gläubiger gestärkt und die Möglichkeiten vergrößert werden, ein Unternehmen ohne Liquidation umzustrukturieren, dürfte der Konkursrahmen ein effektives Instrument für die Umstrukturierung werden.

Die Verbraucherpreise sind 1999 infolge der Liberalisierung der administrierten Preise, der hohen Ölpreise auf dem Weltmarkt und der Einführung einer Importabgabe stark angestiegen. Die Inflation lag Ende 1999 bei 10,6 % gegenüber 6,7 % 1998. Angesichts des Profils der Preissteigerungen in der Vergangenheit wird weiterhin mit einer relativ hohen Inflation 2000 gerechnet. Wenn der größte Teil der noch ausstehenden Erhöhungen von administrierten Preisen bis Ende 2000 erledigt ist, könnte die Inflation 2000 weiter auf 7,5 % fallen⁴. Die Arbeitslosigkeit stieg 1999 schnell an und erreichte ein Niveau von mehr als 17 %. Die Lösung des Arbeitslosenproblems muss im wesentlichen von einem dynamischeren privatwirtschaftlichen Sektor kommen, der mit der Schaffung von Arbeitsplätzen besonders in kleinen und mittleren Betrieben beginnt.

³ **Oxford Analytica**, „Slovak: Government boosts FDI incentives“, 23. Juni 2000.

⁴ **Economist Intelligence Unit**, „Slovakia Economic Country Briefing“, 19. Juli 2000.

d) Handel

1999 hat sich die außenwirtschaftliche Position der Slowakei erheblich verbessert. Das Leistungsbilanzdefizit sank von 10,1 % des BIP in 1998 auf 0,7 %⁵. Die negativen Auswirkungen der schwachen Entwicklung des Binnenmarktes auf das Wachstum des BIP wurden im wesentlichen durch den Beitrag der Nettoexporte ausgeglichen. Die realen Ausfuhren wuchsen um 7 %, ein gutes Ergebnis angesichts des geringen Wirtschaftswachstums während des größten Teils des Jahres in Deutschland, der Tschechischen Republik und Italien, den wichtigsten Exportmärkten der Slowakei. Darüber hinaus führte der starke Rückgang der Inlandsnachfrage zu einem Absinken der realen Einfuhren um 2,5 % im Vergleich zu einem Anstieg von nahezu 10 % 1998. Im Ergebnis dessen gingen sowohl das Handels- als auch das Leistungsbilanzdefizit fast um die Hälfte auf weniger als 6 % des BIP zurück. Dieser positive Trend wird durch die Zahlen für die ersten Monate des Jahres 2000 bestätigt.

Es wird davon ausgegangen, dass das Handelsdefizit 2000 und 2001 abnimmt, wenn das Exportwachstum weiterhin so rasant bleibt. Ziel von Exporten sind weiterhin wieder EU-Länder. 1999 gingen fast 57 % der Ausfuhren in die EU (Deutschland 27,2 %, Italien 8,8 % und Österreich 8,1 %). Aus der EU kamen fast 51 % der Importe (Deutschland 26,2 %, Österreich 7,1 %). Auf die Tschechische Republik entfielen 10 % der slowakischen Ausfuhren und 17 % der Einfuhren.

Die Slowakei ist Mitglied der WTO sowie des Mitteleuropäischen Freihandelsabkommens und hat mit der EU und der Tschechischen Republik spezielle Handelsvereinbarungen abgeschlossen.

e) Wirtschaftliche Haupttendenzen und Zusammenfassung der Prognosen

	1998	1999(e)	2000(f)	2001(f)
Reale BIP-Wachstumsrate (%)	4,4	1,9	2,2	3,3
Inflation (Verbraucherpreisindex, Jahresdurchschnitt in Prozent)	6,7	10,6	13,2	7,5
Haushaltssaldo (% des BIP)	-4,8	-3,6		
Leistungsbilanzsaldo (% des BIP)	-10,1	-5,7	-4,9	-3,8
Arbeitslosenrate (Ende des Jahres, ILO-Definition)	12,5	17,1		

(e) Schätzungen, (f) Prognose

Quelle: Europäische Kommission, **Europäische Wirtschaft, Beiheft**, Mai 2000

f) Außenwirtschaftsbeziehungen

Der Hauptteil des gemeinschaftlichen Besitzstandes auf dem Gebiet der außenwirtschaftlichen Beziehungen besteht aus Standards, die für alle Staaten direkt verbindlich sind. Im Prinzip heißt das, dass eine Harmonisierung der Gesetzgebung nicht erforderlich ist. Im Rahmen der WTO, zu der auch die Slowakei gehört, muss das Land Vereinbarungen zum öffentlichen

⁵ Europäische Kommission, **Europäische Wirtschaft, Beiheft C Wirtschaftsreform**, „Results from the Commission's spring 2000 Economic Forecast of the Candidate Countries“, Mai 2000.

Beschaffungswesen und zur zivilen Luftfahrt annehmen. 1997⁶ wurden Gesetze zum Dumpingverbot und zu Schutzklauseln angenommen.

Laut Jan Figel, stellvertretender Außenminister und Chefverhandlungsführer des Landes mit der EU⁷, ist die Slowakei optimistisch, dass sie gleichzeitig mit der Tschechischen Republik oder kurz danach der Europäischen Union beitreten kann.

Die Slowakei nahm erst in diesem Jahr Verhandlungen mit der EU auf, d. h. zwei Jahre nach den Tschechen, da es die demokratischen Kriterien für eine Mitgliedschaft unter der vorhergehenden Regierung von Vladimir Meciar nicht erfüllte.

Die gegenwärtige Regierung, die im November 1998 ihr Amt antrat, hat sich als Ziel für den EU-Beitritt das Jahr 2004 gesetzt, ein Jahr nach der Tschechischen Republik, Polen und Ungarn. Die Slowakei hofft, entweder die anderen drei Länder einholen oder besondere Übergangsvereinbarungen abschließen zu können, durch die die Probleme unterschiedlicher Beitrittsdaten erleichtert werden könnten.

Wenn jedoch die Tschechische Republik zuerst beitreten würde und die EU – was wahrscheinlich ist – ihr verweigern würde, die Zollunion mit der Slowakei beizubehalten, würde die Regierung um einen Anhang zu ihrem Europa-Abkommen mit der EU ersuchen, in dem eine begrenzte Zahl von landwirtschaftlichen Erzeugnissen enthalten ist. Umgekehrt könnte die Slowakei die EU gemäß den Bestimmungen der Welthandelsorganisation um eine Entschädigung ersuchen.

Ende Juli 2000 wurde der Slowakei⁸ der Beitritt zur OECD angeboten, deren Mitglied es im Herbst wird. Die Mitgliedschaft wurde aufgrund von Erwägungen zu Strukturreformen sowie Regelungen zu Funk- und Fernsehsendungen hinausgezögert. Die Mitgliedschaft dürfte ausländischen Investoren ein positives Signal geben und die jüngsten Anstrengungen der Regierungen unterstützen, in größerem Maße ausländisches Kapital in Form von Bürgschaften hereinzuholen.

(Siehe Anhang 2 und 3 zu Grundstatistiken und Außenhandelsdaten.)

IV. BEZIEHUNGEN ZUR EUROPÄISCHEN UNION

a) Europäische Kommission

i) Zweiter regelmäßiger Bericht und Beitrittspartnerschaft

Am 13. Oktober veröffentlichte die Kommission ihren zweiten regelmäßigen Bericht über die slowakischen Fortschritte in Richtung EU-Beitritt. Im Fazit hieß es, dass dank den seit September 1998 eingeführten Änderungen die Slowakei nunmehr die politischen Kriterien von Kopenhagen erfüllt. Im Bericht wird ferner die Lage hinsichtlich der in Kopenhagen festgelegten wirtschaftlichen Kriterien analysiert, die Frage erörtert, ob die Slowakei in der Lage ist, die aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen zu erfüllen, und die administrative und juristische Kompetenz untersucht. Die Beitrittspartnerschaft, ein Arbeitsprogramm, in dem die kurz- und mittelfristig zu erreichenden Prioritäten und Zielsetzungen festgelegt sind, wurde im Dezember 1999 aktualisiert. Im April fanden Sondierungsgespräche in bezug auf ein

⁶ **Oxford Analytica**, „Slovakia: EU negotiations begin“, 1. Mai 2000.

⁷ **Financial Times**, „Slovakia Economic – Optimistic over EU entry“, 12. Mai 2000.

⁸ **Oxford Analytica**, „Slovakia“, 31. Juli 2000.

abschließendes Protokoll zum Europäischen Abkommen über die Konformitätsbewertung (PECA) statt.

Der volle Wortlaut des Berichts ist auf der Website zur Erweiterung der Europäischen Kommission unter http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/slovakia/rep_10_99/aa.htm zu finden.

Der volle Wortlaut der Beitrittspartnerschaft ist zu finden unter: http://europa.eu.int/comm/enlargement/dwn/ap_02_00/en/ap_sk_99.pdf.

Im Hinblick auf Informationen zur Meinung der ursprünglichen Kommission und zum ersten regelmäßigen Bericht verweisen wir auf die vorhergehende Mitteilung (PE 167.609/rev.2).

ii) Beitrittsverhandlungen

Nach den Beschlüssen des Helsinki-Gipfels des Europäischen Rates vom 10./11. Dezember 1999 begannen am 15. Februar 2000 offizielle Beitrittsverhandlungen mit der Slowakei und den anderen fünf Ländern der sogenannten „zweiten Welle“. Am 28. März 2000 wurden mit der Slowakei auf der Ebene des Chefunterhändlers die ersten substantiellen Verhandlungen zu den von der Kommission vorgeschlagenen ersten acht Kapiteln eröffnet: Wettbewerbspolitik, Statistik, KMU, Wissenschaft und Forschung, allgemeine und berufliche Bildung, Kultur- und Medienpolitik, Außenwirtschaftsbeziehungen und gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Bei der zweiten Verhandlungsrunde am 25. Mai wurden sechs der acht Kapitel vorläufig abgeschlossen: Wettbewerb sowie Kultur- und Medienpolitik blieben offen. Die Slowakei legte bei dieser Tagung Positionspapiere zu fünf weiteren Kapiteln vor: Fischerei, Sozial- und Beschäftigungspolitik, Industriepolitik, Verbraucher- und Gesundheitsschutz sowie Zollunion

ii) Hilfeprogramme

Die Slowakei ist für die Vorbeitrittsunterstützung im Rahmen der Programme Phare, SAPARD (Landwirtschaft und ländliche Entwicklung) und ISPA (Strukturpolitik) anspruchsberechtigt. Im Zeitraum 2000-2002 stehen bis zu 49 Mio. € (Phare), 18,3 Mio. € (SAPARD) und 35 bis 55 Mio. € (ISPA) zur Verfügung.

Die Slowakei ist auch weiterhin an der zweiten Stufe der Programme Socrates, Leonardo da Vinci und Jugend für Europa im Zeitraum 2000-2006 beteiligt. Sie wird am Fünften EU-Rahmenprogramm für Forschung, Technologische Entwicklung und Demonstration sowie am SAVE-II-Programm teilnehmen. Ferner wird das Land auch weiterhin Mittel aus dem Dritten Mehrjahresprogramm für KMU erhalten.

b) Europäisches Parlament

Das Parlament verabschiedete am 8. Oktober 1998 eine Entschließung aufgrund der Wahlen in der Slowakei (B4-0898, 0913, 0928, 0936 und 0938/98). Die Entschließung „beglückwünscht die slowakische Bevölkerung zu den Ergebnissen der Nationalwahlen vom 25. und 26. September 1998, die einen bedeutenden politischen Wechsel darstellen“, und „fordert die neue Regierung der Slowakischen Republik auf, der Schaffung eines politischen Systems, das die Menschen- und Minderheitenrechte sowie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit voll respektiert, Vorrang einzuräumen“. Außerdem „fordert [das Parlament] den Rat und insbesondere die Kommission auf, der neuen politischen Lage Rechnung zu tragen und bei den Voruntersuchungen und der Erstellung ihres Berichts über die Lage in der Slowakischen Republik hinsichtlich der Erfüllung der politischen Kriterien für eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union die notwendige Flexibilität an den Tag zu legen.“

Daraufhin verabschiedete das Parlament am 3. Dezember 1998 im Hinblick auf den Europäischen Rat in Wien am 11. und 12. Dezember eine Entschließung (A4-0427/98) zur Bewerbung der Slowakei um die EU-Mitgliedschaft. Die Entschließung ersucht „den Europäischen Rat [...], bei der erneuten Prüfung des slowakischen Beitrittsantrags Flexibilität zu zeigen“ und die Kommission aufzufordern, die Situation in der Slowakei neu zu bewerten, so dass er seine endgültige Entscheidung zur Aufnahme von Verhandlungen spätestens vor dem Ende der deutschen Präsidentschaft treffen kann. Sie „erwartet von den neuen slowakischen Behörden den Ausdruck ihrer Bereitschaft, die politischen Reformen durchzuführen, die erforderlich sind, um die Slowakei zu einem wirklichen Rechtsstaat zu machen, der die demokratischen Grundsätze, die Menschenrechte und die Rechte der Minderheiten achtet“. Das Parlament forderte außerdem die neue slowakische Regierung auf, sich um die Erfüllung der Kopenhagener Beitrittskriterien zu bemühen.

Im Zusammenhang mit den jährlichen Debatten um die Erweiterung, die auf Beschluss der Konferenz der Präsidenten des Parlaments ab der ersten Plenartagung im Oktober 2000 stattfinden sollen, wird der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten am 14. September einen Bericht zu jedem der 12 Beitrittskandidaten sowie einen allgemeinen Bericht zu horizontalen Fragen annehmen. Der Berichterstatter für die Slowakei ist Herr Wiersma.

Der Gemischte Parlamentarische Ausschuss EU-Slowakei traf am 20./21. März 2000 zum neunten Mal zusammen. Er begrüßte die Aufnahme von Verhandlungen sowie den Grundsatz der Differenzierung und unterstrich die Notwendigkeit, schnell die einfachen Kapitel zu behandeln, um die echten Verhandlungsprobleme erkennen und sich darauf konzentrieren zu können. Ferner betonte der Ausschuss, dass die Information der Öffentlichkeit sowohl in den Mitgliedstaaten als auch in den Beitrittsländern verbessert werden muss, und hob die Bedeutung der Einbeziehung aller Sektoren der slowakischen Gesellschaft in die Vorbereitungen für den Beitritt hervor.

Hinsichtlich der Vorbereitungen der Slowakei auf die Mitgliedschaft wiederholte der Ausschuss die bereits früher gegebenen Empfehlungen im Hinblick auf den Stand der Angleichung an die EU-Rechtsprechung, die Erfüllung der politischen Kriterien von Kopenhagen und die Kernenergiefrage. Er unterstrich ferner die Notwendigkeit, sich bei den Vorbereitungen nicht nur auf den laufenden Prozess der Rechtsangleichung und der institutionellen Reformen zu konzentrieren, sondern auch auf die wirtschaftlichen und strukturellen Reformen, die makroökonomische Stabilisierung sowie die regionale und ländliche Entwicklung.

Er betonte, wie wichtig es ist, noch bestehende Hindernisse für das Funktionieren der Marktwirtschaft zu beseitigen, und zollte den verschiedenen spezifischen politischen und Planungsmaßnahmen Anerkennung, wiederholte aber gleichzeitig, dass die administrativen Strukturen und Kompetenzen auf allen Ebenen sowie die Kapazität und Qualität des Justizwesens gestärkt werden müssen. Der Ausschuss empfahl, die Reformierung des öffentlichen Dienstes einschließlich der Annahme eines diesbezüglichen Gesetzes zu beschleunigen.

c) Ministerrat und Europäischer Rat

Im Rahmen des Helsinki-Gipfels vom 10.-11. Dezember 1999 bestätigte der Europäische Rat erneut „den umfassenden Charakter des Beitrittsprozesses, bei dem nunmehr dreizehn beitrittswillige Länder in einen einzigen Rahmen einbezogen werden“. Er betonte erneut, dass „die Union eine feste politische Zusage abgegeben hat, sich nach besten Kräften darum zu bemühen, die Regierungskonferenz über die institutionelle Reform bis Dezember 2000 abzuschließen, worauf dann noch die Ratifizierung folgen muss. Nach der Ratifizierung der

Ergebnisse dieser Konferenz sollte die Union in der Lage sein, ab Ende 2002 neue Mitgliedstaaten aufzunehmen, sobald diese nachgewiesen haben, dass sie die Pflichten einer Mitgliedschaft auf sich nehmen können, und sobald der Verhandlungsprozess zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht worden ist“.

Der Europäische Rat wies erneut „auf die Bedeutung hoher Sicherheitsstandards im Nuklearbereich in Mittel- und Osteuropa hin. Er forderte den Rat auf, zu prüfen, wie die Frage der nuklearen Sicherheit im Rahmen des Erweiterungsprozesses im Einklang mit den einschlägigen Schlussfolgerungen des Rates behandelt werden kann“.

Weiter hieß es in den Schlussfolgerungen: „Der Europäische Rat ist entschlossen, einen positiven Beitrag zu Sicherheit und Stabilität auf dem europäischen Kontinent zu leisten, und hat im Lichte jüngster Entwicklungen sowie aufgrund der Berichte der Kommission beschlossen, im Februar 2000 bilaterale Regierungskonferenzen einzuberufen, um mit Rumänien, der Slowakei, Lettland, Litauen, Bulgarien und Malta über die Bedingungen für ihren Beitritt zur Union und die sich daraus ergebenden Anpassungen des Vertrags aufzunehmen“.

„Bei den Verhandlungen wird jedes beitriftswillige Land für sich genommen beurteilt werden. Dieser Grundsatz wird sowohl für die Eröffnung der Verhandlungen über die verschiedenen Verhandlungskapitel als auch für den weiteren Verlauf der Verhandlungen gelten. Um die Dynamik der Verhandlungen aufrechtzuerhalten, sollten schwerfällige Verfahren vermieden werden. Die beitriftswilligen Länder, die jetzt in den Verhandlungsprozess einbezogen worden sind, werden die Möglichkeit haben, innerhalb eines vertretbaren Zeitraums die Länder einzuholen, mit denen bereits verhandelt wird, sofern sie hinreichende Fortschritte bei ihrer Vorbereitung auf den Beitritt erzielt haben. Fortschritte bei den Verhandlungen müssen mit Fortschritten bei der Einbeziehung des Besitzstands in einzelstaatliches Recht und bei der tatsächlichen Durchführung und Durchsetzung des Besitzstands einhergehen“.

Nach den ersten Verhandlungen mit der Slowakei prüfte der Assoziierungsrat EU-Slowakei auf seiner Sitzung am 14. Juni 2000 den Stand der Vorbereitungen der Slowakei auf den Beitritt im Lichte des zweiten regelmäßigen Berichts vom Oktober 1999, der aktualisierten Beitrittspartnerschaft und des slowakischen Nationalen Programms für die Übernahme des Besitzstandes (NPAA).

Der Assoziierungsrat anerkannte insbesondere die von der Slowakei unternommenen Anstrengungen auf dem Gebiet der Minderheitenrechte, begrüßte die Annahme des Gesetzes zu Minderheitensprachen und forderte besondere Aufmerksamkeit für eine Verbesserung der Lage der Roma. Er stellte fest, dass die Slowakei nunmehr die in Kopenhagen festgelegten politischen Kriterien erfüllt und betonte, dass dem stabilen Funktionieren der demokratischen Institutionen, der Stärkung der Unabhängigkeit des Justizwesens und dem Kampf gegen Korruption besondere Beachtung geschenkt werden muss.

Der Rat begrüßte die beachtlichen Fortschritte bei der Rechtsangleichung und bestärkte die Slowakei darin, sich auf die effektive Umsetzung der kürzlich verabschiedeten Gesetze, namentlich die zur Erhöhung der Verwaltungskompetenz und zur Reform des öffentlichen Dienstes, zu konzentrieren.

d) Haltung der slowakischen Regierung

Die slowakische Regierung begrüßte ganz besonders den in Helsinki vereinbarten Grundsatz der Differenzierung für die Beitrittsverhandlungen. Ihr Ziel ist es, die drei benachbarten Länder der Visegrad-Gruppe bei den Verhandlungen einzuholen, so dass das Land ungefähr zum gleichen Zeitpunkt beitreten kann. Der stellvertretende Ministerpräsident Pavol Hamzik bezeichnete den Beschluss über die Aufnahme der Slowakei in die OECD kürzlich als einen Beweis für die großen Fortschritte und wies darauf hin, dass die Slowakei bereit sei, der EU am 1. Januar 2004 beizutreten (Reuters). Die Slowakei hofft, dass sie während der französischen Präsidentschaft weitere acht Kapitel eröffnen und 2001 bzw. Anfang 2002 die restlichen Kapitel in Angriff nehmen kann, damit die Verhandlungen bis Ende 2002 abgeschlossen sind. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass die Slowakei bei einigen der schwierigeren Kapitel um Übergangsperioden bittet.

Am 22. März 2000 nahm die slowakische Regierung die zweite überarbeitete Version ihres Nationalen Programms für die Übernahme des Besitzstandes an, dessen Betonung auf der Umsetzung des Besitzstandes und der Stärkung der Verwaltungskompetenz liegt. Am 20. April legte die Regierung 12 dringende und 26 notwendige legislative Aufgaben fest, die bis zum 1. Juli 2000 zu erfüllen sind, so dass sie im regelmäßigen Bericht der Kommission im Oktober Berücksichtigung finden können. Um diese Zielsetzungen zu erreichen, wurde ein außerordentlicher Maßnahmenplan für die Annahme von Gesetzen eingeführt, der die strenge Überwachung des legislativen Prozesses sichert, so dass der stellvertretende Ministerpräsident für Integration im Falle von ungerechtfertigten Verzögerungen bei den Fachministern vorstellig werden kann, damit diese die Angelegenheit beschleunigen.

* * *

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Adam Isaacs/Europäisches Parlament/GD IV

Abteilung für Internationale und Verfassungsangelegenheiten /Brüssel

Tel: (32) 2 28 43072 / Fax: (32) 2 28 49063 / e-mail: aisaacs@europarl.eu.int

Für Informationen über die Wirtschaftslage wenden Sie sich bitte an:

Anton Lensen/Europäisches Parlament/GD IV

Abteilung für Internationale und Verfassungsangelegenheiten

Tel: (352) 4300 22447 / e-mail: alensen@europarl.eu.int

Quellen

Economist Intelligence Unit

Europäische Kommission

Internationaler Währungsfonds

OECD

Oxford Analytica

Radio Freies Europa/Radio Liberty

Slovak Spectator

Radio Slovakia International

Slovensko.com

Anlagen

ANLAGE 1

DIE SLOWAKISCHE REGIERUNG

Präsident (vereidigt am 15. Juni 1999)

Rudolf SCHUSTER

REGIERUNG (benannt am 30. Oktober 1998)

(Kürzel der Parteien siehe unten)

Ministerpräsident

Mikuláš DZURINDA (SDK)

Stellvertretender Ministerpräsident - Gesetzgebung

Lubomír FOGAŠ (SDL)

Stellvertretender Ministerpräsident - Wirtschaft

Ivan MIKLOŠ (SDK)

Stellvertretender Ministerpräsident

Europäische Integration

Pavol HAMZÍK (SOP)

Stellvertretender Ministerpräsident

Menschen- und Minderheitenrechte

Pál CSÁKY (SMK)

MINISTER

Landwirtschaft

Pavel KONCOŠ (SDL)

Bauten und öffentliche Arbeiten

István HARNA (SMK)

Kultur

Milan KNAŽKO (SDK)

Verteidigung

Pavol KANIS (SDL)

Wirtschaft

Lubomir HARACH (SDK)

Bildung und Wissenschaft

Milan FTÁČNIK (SDL)

Umwelt

László MIKLÓS (SMK)

Finanzen

Brigita SCHMOGNEROVÁ (SDL)

Auswärtige Angelegenheiten

Eduard KUKAN (SDK)

Gesundheit

Tibor ŠAGÁT (SDK)

Inneres

Ladislav PITTNER (SDK)

Justiz

Ján CARNOGURSKÝ (SDK)

Arbeit, soziale Angelegenheiten

und Familie

Peter MAGVAŠI (SDL)

Verwaltung und

Privatisierung des Staatseigentums

Mária MACHOVIA (SOP)

Verkehr, Post und

Telekommunikation

Jozef MACEJKO (SDK)

PARTEIZUGEHÖRIGKEIT: (zum Zeitpunkt der Wahlen 1998)

SDK Slowakische Demokratische Koalition

SDL Partei der Demokratischen Linken

SMK Ungarische Koalition

SOP Partei der Bürgerlichen Verständigung

Parlamentsvorsitz

Jozef MIGAS (SDL)

Direktor der Zentralbank

Marian JUSKO

ANHANG 2

Außenhandel der Slowakei: 1993-1999
Mio. ECU

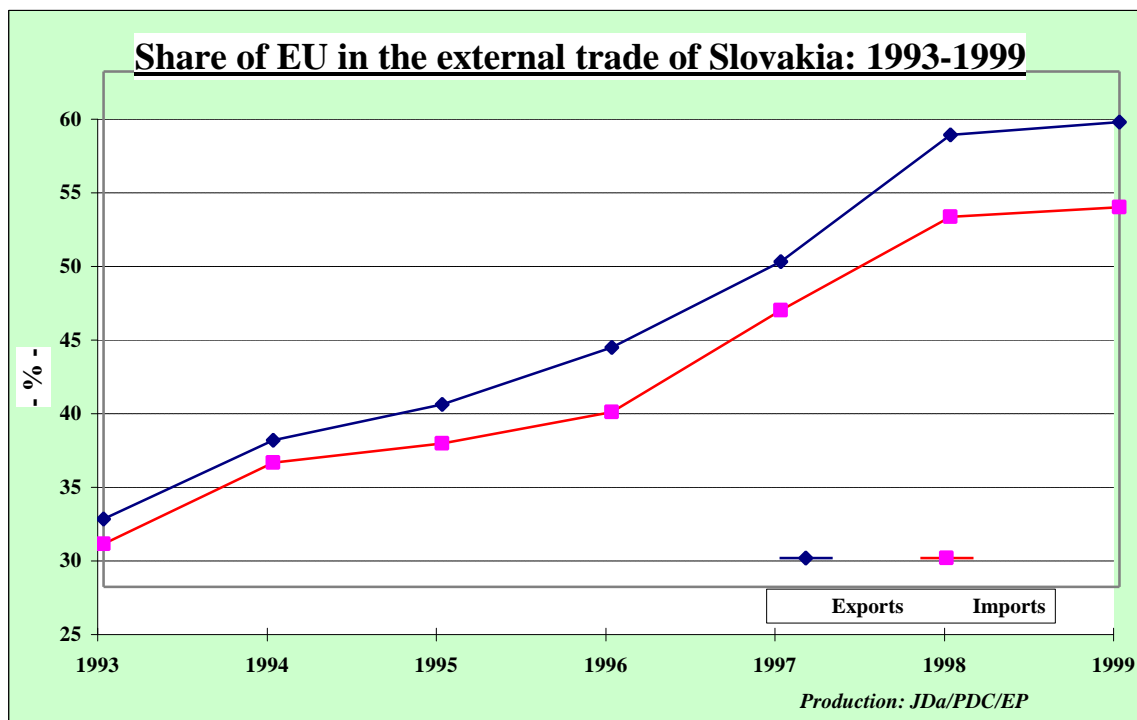
External trade of Slovakia: 1993-1999

Mio ECU/€

	Export			Import		
	Total	of which: EU		Total	of which: EU	
		Mio ECU	%		Mio ECU	%
1993	4.663	1.381	29,6	5.950	1.662	27,9
1994	5.625	1.967	35,0	6.114	2.044	33,4
1995	6.559	2.453	37,4	7.376	2.564	34,8
1996	6.955	2.870	41,3	9.474	3.492	36,9
1997	8.500	4.003	47,1	11.368	4.979	43,8
1998	9.562	5.325	55,7	12.828	6.431	50,1
1999	9.807	5.546	56,6	12.129	6.158	50,8

Sources: Direction of Trade Statistics, Yearbooks, IMF
COMEXT, EUROSTAT

Production: JDa/Parliamentary Documentation Centre/European Parliament



ANHANG 3

Basic statistics for applicant countries in Central and Eastern Europe

	Estonia	Latvia	Lithuania	Czech Rep.	Hungary	Poland	Slovakia	Slovenia	Bulgaria	Romania	CEEC-10	European Union
Area (1000 sq. km)	45.2	64.6	65.2	78.9	93.0	312.7	49.0	20.3	110.9	237.5	1077.2	3191.1
Population (MIO, 1st January 1999)	1.4	2.4	3.7	10.3	10.1	38.7	5.4	2.0	8.2	22.5	104.7	375.3
Population/sq.km	32	38	57	130	108	124	110	98	74	95	98	118
Infant mortality (per 1000, in 1998):	9.3	15.0	9.3	5.2	9.7	9.5	8.8	5.0	14.4	20.5		5.2
Expectation of life at birth, 1997/98: Women	76.0	74.9	76.8	78.1	75.1	77.3	76.7	78.7	74.3	73.3	76.0	80.8
Men	64.7	63.8	65.9	71.1	66.4	68.9	68.6	71.1	67.1	65.5	67.7	74.5
Demographic dependency 1997 (1):	50.6	50.6	50.4	44.9	46.8	48.8	47.7	43.3	47.7	47.1	47.7	49.5
Gross domestic product (1999), in 1000 MIO EUR:	4.8	5.7	10.0	49.8	45.4	144.7	17.7	18.7	11.6	31.9	340.3	7.965.3
GNP per capita in PPS EU=100 (1998)	36	27	31	60	48	36	46	68	23	29	38	100
Gini index (latest year available)(2)	35.4	28.5	33.6	26.6	27.9	27.2	19.5	29.2	30.8	28.2	27.7	
Real growth of GDP, 1999	-1.1	0.1	-4.1	-0.2	4.5	4.1	1.9	4.9	2.4	-3.2	2.3	2.4
Real growth of GDP, 2000 (forecast)	4.0	2.5	2.2	1.8	4.7	5.1	2.2	4.1	4.5	-0.6	3.7	3.4
Real growth of GDP, 2001 (forecast)	5.5	3.9	3.4	3.1	5.1	5.5	3.3	4.1	4.9	2.8	4.5	3.1
Exports as % of GDP (1999):	71.9	38.9	39.6	48.8	51.4	16.7	55.4	42.7	29.7	24.3		9.5
External indicators:												
Balance of payment (1998, MIO USD):												
Merchandise: exports (fob):	2.690	2.011	3.962	26.395	20.747	32.467	10.720	9.096	4.299	8.302	120.688	n.a.
Merchandise: imports (fob):	3.805	3.141	5.480	28.989	23.101	45.303	13.071	9.870	4.757	10.927	148.444	n.a.
Trade balance:	-1.115	-1.130	-1.518	-2.594	-2.354	-12.836	-2.351	-775	-458	-2.625	-27.756	139.617
Current and capital account:	-476	-702	-1.300	-1.108	-2.115	-6.838	-2.056	-8	-376	-2.879	-17.858	99.397
Direct investment (in reporting economy):	581	357	926	2.554	1.936	22.479	562	165	401	2.031	31.991	-167.365(3)
Total external debt (1998, MIO USD):	782	756	1.950	25.301	28.580	47.708	9.893		9.907	9.513	134.389	
Debt service as % of exports of goods and services:	2.1	2.5	3.3	15.3	27.3	9.7	15.9		22.1	23.5		
Labour force (%)(Civilian employment by sector):												
Agriculture	9.9	18.3		5.8	7.9	20.5	12.7	8.6		39.0		5.3
Industry (Mining, manufacturing, construction and electricity, gas and water supply)	33.4	25.5		41.6	33.1	32.0	39.3	40.0		30.4		30.2
Labour participation rates: Total	56	55	51	54	46	50	52	48	53	47	49.9	55
Women	28	28	25	25	20	23	25	22	26	21	23	45
Adult literacy rate (%), 1997	99.0	99.0	99.0	99.0	99.0	99.0	99.0	99.0	98.2	97.8	98.7	98.4
1999 Transparency: Corruption Perceptions Index	5.7	3.4	3.8	4.6	5.2	4.2	3.7	6.0	3.3	3.3		4.7-10.0(4)
Internet hosts/10000 inhabitants (January 1999)	152.98	42.59	27.48	71.79	82.74	28.07	33.27	89.83	9.05	7.42	35.18	163.36
Human development index (1997)(5):	0.773	0.744	0.761	0.833	0.795	0.802	0.813	0.845	0.758	0.752	0.788	0.907

Sources: EUROSTAT, IMF, OECD, UN and World Bank

Production: JDa/Parliamentary Documentation Centre/European Parliament (07/08/2000)

(1) Population under 15 and over 64 as % of population between 15 and 64; (2) A lower figure indicates a more even income distribution; (3) net, excluding Greece; (4) Italy 4.7/Denmark 10.0

(5) Based on three indicators: 1) longevity, 2) educational attainment and 3) standard of living measured by GDP per capita in PPP (see Human Dev. Report, UNDP)

Note: Weightings in relations to populations or GDP (in 1997)

Conversion rate: 1998: 1 ECU=1.121 USD; 1999: 1 €= 1.066

Quellen: Direktion Handelsstatistiken, Jahrbücher, IWF

Herstellung: JDa/Parlamentarisches Dokumentationszentrum/Europäisches Parlament

Anteil der EU am Außenhandel der Slowakei: 1993-1999

Exporte – Importe

Herstellung: JDa/PDC/EP